

»Wohnen in Nachbarschaften (WiN)« - Bremen

Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

Beschreibung des Projekts

Mitte der achtziger Jahre waren die Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus in Bremen gekennzeichnet durch hohe Leerstände und starke Mieterfluktuation. Deshalb wurden wohnquartierbezogene Ansätze zur Qualitätsverbesserung insbesondere von Großsiedlungen der sechziger und siebziger Jahre diskutiert. Ziele des dann in fünf Wohngebieten realisierten Ansatzes waren eine behutsame Stadterneuerung und Stadtentwicklung sowie die Verbesserung von Großwohnanlagen in Stadtrandlagen. Schlechte Verkehrsanbindungen, schlechtes Image und unzureichende Infrastruktur sollten verändert werden.

Zu den Maßnahmen der Nachbesserung gehörten neben der Einbeziehung der Wohnungseigentümer sowie einer übergreifenden Kooperation der zuständigen Ämter und sozialpolitischer Gremien vor allem auch eine umfassende Bewohnerbeteiligung. So konnten erste Veränderungen und Projekte in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld, Gesundheit, Soziales und Kultur realisiert werden. Das Angebot für die Bürger/innen wur-

de z.B. mit der Errichtung eines Gemeinschaftshauses, eines Hortes sowie eines Mütterzentrums verbessert.

Die positiven Erfahrungen mit einem gezielt ausgerichteten Beteiligungsansatz und einem ressortübergreifenden Handlungskonzept der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik haben zu einer Weiterentwicklung des Arbeitskonzeptes der »Nachbesserungsprojekte« und zur Verabschiedung des Programms »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« im Dezember 1998 durch den Senat geführt.

Das Programm WiN geht von einem Leitbild der Quartiersentwicklung und Stüt-

zung von Nachbarschaften in enger Zusammenarbeit mit Bürger/innen, kommunaler Politik und Verwaltung aus und führt den Aufbau von Beteiligungsformen, die aktive Einbeziehung der Bürger/innen in die Entwicklung des Quartiers, ihre Mitentscheidung und die Förderung des nachbarschaftlichen Engagements konzeptionell weiter. Das Programm wird nunmehr in 10 Wohngebieten durchgeführt.

In den Projektgebieten wurde von Verwaltung, Trägern, Initiativen und Bewohnern in einem »Baukastenverfahren« ein Katalog verschiedener, sich ergänzender Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Alltagsqualität entwickelt, öffentlich diskutiert und umgesetzt. Neue Beteiligungsver-

fahren zur Einbeziehung der Einflussnahme von Bewohnern auf die Finanzierung und Umsetzung von Vorhaben und Aktivitäten werden auch in dem neuen Programm »Wohnen in Nachbarschaften« praktiziert. Über den Einsatz einer Projektgruppe vor Ort werden lokale Kooperationsgremien (»Stadtteilgruppen«) gebildet, in denen Bewohner/innen, Verwaltung, Kommunalpolitik, Soziale Dienste und Initiativen, Wohnungseigentümer und auch Gewerbetreibende aus den Wohngebieten vertreten sind. Dieses Gremium tagt regelmäßig in öffentlichen Sitzungen mit Geschäftsführung durch das lokale »Projektmanagement«. Entscheidungsprinzip in der »Stadtteilgruppe« ist der Konsens - d.h. es werden grundsätzlich Lösungen gesucht, denen alle Beteiligten zustimmen können. Da mit den Entscheidungen dieses Kooperationsgremiums keine Rechtspositionen außer Kraft gesetzt werden können, ist dieses Prinzip faktisch als ein Vetorecht für die Bewohner/innen zu verstehen. Gewicht erhält dies Entscheidungsprinzip durch eine öffentliche Selbstbindung der Verwaltung: Die verfügbaren Bundes- und Landesmittel der Städtebauförderung (Investitionsmittel) und die WiN-Mittel werden für Maßnahmen nur eingesetzt, wenn ein Konsensbeschluss des lokalen Kooperationsgre-



itung, Politik und Bürgerschaft«

»Wohnen in Nachbarschaften (WiN)« - Bremen

miums vorliegt. Dieses inzwischen zum »Gewohnheitsrecht« entwickelte Verfahren in den Quartieren hat erhebliche Auswirkungen auf die Planung und auf den Prozess der Entscheidungsfindung zur Durchführung von Projekten und Aktivitäten im Quartier:

- Der Abstimmungsprozess mit Bewohnern, z.B. bei Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen, bei Gestaltung und Nutzungsveränderungen von Grün-, Sport- und Freiflächen, ist Bestandteil der Planung durch die zuständigen Ämter. In besonders intensiver Form findet dies in »Bewohnerplanungsgruppen« (z.B. zur Planung eines Spielplatzes oder eines Wohnhofes mit den Bewohnern eines Hochhauses oder von Wohnblöcken) statt.
- Im Konsensverfahren mit Bewohnern wird ausgehandelt, welche Maßnahmen konkret geplant und zur Umsetzung entwickelt werden sollen. Die Verbindlichkeit der Umsetzung von Vorhaben, einschließlich der Absicherung der Finanzierung durch die zuständigen Träger einer Maßnahme, entsteht so erst durch das Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren im Quartier.

Jedem Wohngebiet stehen ca. 300000 DM

für Einzelmaßnahmen p.a. zur Verfügung, die nach Beratung in den lokalen Bewohnergruppen das »WiN-Gütesiegel« erhalten und dann durch die Verwaltung formal bewilligt werden. In der Zeit von Anfang 1999 bis Mitte 2001 sind mehr als 300 Projekte realisiert worden.

Ziele

Die allgemeinen Ziele des WiN-Programms lauten u.a. ¹

- die alltäglichen Wohn- und Lebensbedingungen in den Quartieren zu verbessern
- das Engagement und die Mitwirkung der Bürger/innen an der Quartiersentwicklung und ihre aktive Mitarbeit an Vorhaben und Projekten durch Mitwirkungsrechte zu fördern
- die organisationsübergreifende Zusammenarbeit der lokal und regional zuständigen Partner zu fördern.

Zielgruppen

Das WiN-Programm richtet sich an alle Menschen im Wohnquartier: vorrangig die Bewohner/innen, aber auch die Unternehmen und Institutionen im Stadtteil.

Akteure und ihre Rollen

Mit den o.g. Zielgruppen sind auch die ersten Akteure »vor Ort« benannt. Eine wichtige Funktion hat weiterhin das »lokale Projektmanagement«, das in den 10 Wohnquartieren

unterschiedlich aussieht: teilweise sind es die im Rahmen des Vorgängerprojektes eingesetzten Sozialarbeiter/innen des Amtes für Soziale Dienste, teilweise wurden neue Lösungen »gestrickt«: es wurden Planungsteams beauftragt, Mitarbeiter von Bürgerhäusern benannt etc. Angestrebt wird eine Bündelung von sozialen und stadtplanerischen Kompetenzen.

Das Projektmanagement hat die Aufgabe, die Institutionen im Stadtteil zusammenzubringen und die Bewohner/innen zu aktivieren. Sie haben in der Regel die Geschäftsführung der »Stadtteilkonferenzen« oder »Stadtteilforen«. Projekte werden von ihnen angestoßen, beraten oder unterstützt.

In den Stadtteilen existieren bereits die direkt gewählten Stadtteilbeiräte mit den sie unterstützenden Ortsämtern. Im Umsetzungsprozess kommt es darauf an, diese in die WiN-Abläufe zu integrieren, um nicht eine Konkurrenzsituation entstehen zu lassen.

¹ vgl. Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft vom 8.12.1998, DS 14/708

»Wohnen in Nachbarschaften (WiN)« - Bremen

Interaktionen

Das WiN-Programm wird von einer »Steuerungsgruppe« aus Bau- und Sozialressort gesteuert. Die Mittel für die örtlichen Projekte werden, nachdem sie durch die »Stadtteilgruppen« befürwortet wurden, durch eine ressortübergreifende Gruppe beraten und letztlich durch eine aus beiden Ressorts bestehende Geschäftsführung nach den Regeln der Landeshaltshaltsordnung per Bewilligungsbescheid gefördert. Hier sind, auch wenn dies bisher kaum vorgekommen ist, unterschiedliche Auffassungen über die formale »Förderfähigkeit« von Projekten denkbar.

Aufwand/Ressourcen

Den örtlichen Projekten werden jährlich insgesamt 3 Mio. DM zur Verfügung gestellt; hinzu kommen Mittel aus dem Programm »Soziale Stadt« in Höhe von ca. 2 Mio. DM, die in einem ähnlichen Verfahren vergeben werden. Sie stehen für investive Vorhaben zur Verfügung, während die WiN-Mittel für investive und konsumtive Projekte verwendet werden. Es wird erwartet, dass die Vorhaben i.d.R. in mindestens gleichem Umfang von Dritten gefördert werden, z.B. Stiftungen, EU-Mittel etc.

Der Personalaufwand für die Geschäftsführung (ca. 2 Stellen) und für einen Teil des lokalen Managements werden durch die entsendenden Ressorts getragen.

Zusammenfassende Bewertung

Die Aktivierung der Bewohner/innen ist in vielen Stadtteilen gelungen. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei die Besetzung des »Lokalen Managements«. Durch die Übertragung der Aufgabe, zur Verteilung der Mittel das entscheidende Votum abzugeben, werden die Stadtteilgruppen aufgewertet, die Teilnahme wird interessant. Hinzukommen muss allerdings eine transparente Information über die Entwicklungen im Stadtteil und die Planungen der Ressorts.

Daneben ist wichtig, dass bisher weit über 300 konkrete Einzelprojekte gefördert worden sind: von millionenschweren Quartierszentren bis hin zu Bewohnerfesten. Wegen dieser zusätzlichen Mittel, aber auch wegen der positiven Bewohnerbeteiligung, ist in bisher nicht von Projekt erreichten Stadtteilen die Forderung nach Berücksichtigung laut geworden.

Im Verlauf des Projektes ist deutlich geworden, dass eine Berichterstattung gegen-

über den politischen Gremien über Projekte und Mittelaufwand nicht ausreichend ist. Für 2002 ist daher eine Evaluation geplant, die auch die Auswirkungen auf die soziale Situation im Stadtteil analysiert.

Ansprechpartner:

Karl Bronke
Abteilungsleiter beim Senator für Arbeit,
Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen
Tel.: (0421) 361-2559
Fax (0421) 361-2275
Email: kbronke@
soziales.bremen.de